

In der Diskussion wurden (neben anderem) ein paar zentrale Kritiken an der Grundorientierung, die sozial-ökologische Transformation mit persönlicher Befreiungsperspektive, etwa ausgedrückt mit den Visionen „Reale Entfaltungsfreiheit, Existenzsicherheit, Zeitwohlstand“, zu verbinden, genannt:

„Der Ansatz ist zu individualistisch.“

Dies ist er nur auf den ersten Blick. Es geht um reale Entfaltungsfreiheit, natürlich nicht im Sinne einer rücksichtslosen Freiheit auf Kosten Schwächerer, wie sie vielleicht Corona-Leugner und andere Vertreter des „Ich will mir nichts von der Gesellschaft vorschreiben lassen“ vertreten.

Die bessere Entfaltungsmöglichkeit der Einzelnen ist ein berechtigtes, auch zentrales Ziel emanzipatorischer Politik. Sie soll aber – im Gegensatz zum neoliberalen Ansatz – nicht durch weniger Staat und weniger Regeln ermöglicht werden, sondern durch stützende Strukturen der Gesellschaft. Dies würde gerade denen, die es jetzt aus eigener Kraft nicht ausreichend schaffen, mehr Lebensoptionen eröffnen. Es ist daher keineswegs ein individualistischer Ansatz.

„Der Ansatz ist zu wenig bezogen auf Arbeit“

Arbeit ist ein wesentlicher Bereich eines „Guten Lebens“. Gute Arbeit schafft Selbstwirksamkeitserfahrungen und soziale Anerkennung. Die vorgeschlagenen Politiken zielen gerade auf die Ermächtigung der Einzelnen, bessere Arbeitsbedingungen erlangen zu können, etwa mit geringerer oder flexiblerer Arbeitszeit oder auch der langfristigen Forderung nach einem BGE, mit dem im Rücken eine viel freiere Wahl von Arbeitsverhältnissen erfolgen könnte.

„Beim Ansatz fehlt das Gemeinsame“

Eine Orientierung auf Kooperation, Care und Solidarität wird in der Tat nicht real genannt. Implizit geht er davon aus, dass zufriedene Arbeits- und Lebensverhältnisse quasi automatisch solidarisches Verhalten und Orientierungen induzieren. Dies ist möglicherweise eine zu optimistische Annahme. Sicher müssen in einen progressiven linken Ansatz Solidarität, Fürsorge und Kooperation auch institutionell gestärkt werden. Die Basis für die politische Befürwortung entsprechender Strukturen ist jedoch eine größere Lebenszufriedenheit. Heute wird ein Ausbau fürsorgender Strukturen am Stärksten vom ökosozialen Lager gefordert. Dies hat auch damit zu tun, dass sich Angehörige dieser Schichten /Milieus beruflich und damit auch persönlich weit besser entfalten können als etwa Angehörige des regressiv-autoritären Lagers, die mehrheitlich ihre Erwerbsarbeit lediglich ertragen und die Welt als eine repulsive erfahren, in der Fürsorge prinzipiell wenig Platz haben kann.

„Beim Ansatz fehlt materielle Umverteilung“

Ohne Umverteilung wird die sozial-ökologische Transformation als „Projekt Wohlhabender“ nicht den erforderlichen gesellschaftlichen Rückhalt bekommen können. Zudem ist materielle Gerechtigkeit ohnehin ein elementares linkes Anliegen. Sie muss also deutlicher Bestandteil jeder progressiven Transformationsstrategie sein. Forderungen nach materieller Umverteilung alleine werden allerdings keine Zustimmung zu kulturell weitreichender sozial-ökologischer Transformation bei den diese bisher abwehrenden Milieus erreichen. Die Linke hat trotz bester Umverteilungsforderungen in diesen Milieus keine Anhängerschaft.

Es fehlt Umverteilung